

Niederschrift
Sonder-Landesverbandstag
FW FREIE WÄHLER NRW Landesverband der Freien und Unabhängigen
Bürger- und Wählergemeinschaften im Lande Nordrhein-Westfalen
am Samstag, den 10.11.2007 in Dortmund
Tagungsort: Dortmund-Derne, Nierstfeldstrasse 96, Haus Lange

Der Vorsitzende Harald Heck begrüßt um 10:15 Uhr die Anwesenden des Sonder-Landesverbandstages und eröffnet die Sitzung.

Auf Vorschlag von Herrn Heck wird Herr Troschke einstimmig zum Versammlungsleiter gewählt.

Diskussion der Ergebnisse aus den Beratungen der Mitgliedwählergemeinschaften und Definition der zukünftigen Strukturen des Landesverbandes

Herr Troschke erläutert nochmals das Thema gemäß dem, den Mitgliedern übersandten Aktenvermerk LWG ./Landschaftsverband vom 31.03.2007. Der OVG stellt folgende Anforderungen

1. Einheitlicher Name
2. Personenbezogene Mitgliedschaft im Landesverband – Konkurrierendes Antreten mehrerer Wählergemeinschaften in einem Ort darf nicht sein
3. Einfaches Programm

Dieses muss jedoch nur gemacht werden, wenn der Landesverband weiterhin eine Kandidatur zu den Landschaftsversammlungen und Regionalräten anstrebt.

Herr Rehse aus Wermelskirchen fragt an, was passiert, wenn in einer Stadt zwei Wählergemeinschaften existieren, die auf Kreisebene in einem Kreisverband gemeinsam organisiert sind.

Herr Troschke verweist auf das Urteil vom OVG vom 27.03.2007 in dem es auf Seite 12 heißt „Die Kandidatur für einen überörtlichen Verband setzt voraus, dass die Mitglieder von, in den Kreisen und kreisfreien Städten des Landesverbandsgebiets konkurrierende Wählergruppen nicht gemeinsam in demselben Verband Mitglied sein können“

Herr Kaminski aus Kamen ist der Meinung dies seien Schwierigkeiten, die die Wählergemeinschaften selbst lösen müssten, hierfür sei nicht der Landesverband zuständig. Entscheidend sei, dass die Wählergemeinschaften überregional bekannt würden, dies setze einen einheitlichen Namen voraus.

Herr Troschke gibt nochmals zu bedenken, dass eine Teilnahme an den Landschaftsversammlungen und Regionalräten, sowie an der Landtagswahl geklärt werden müsse, da dieses eng miteinander verbunden sei.

Herr Malovic aus Haan gibt zu bedenken, dass das Thema Landtagswahl seit 2004 da ist und man bisher kläglich gescheitert sei, da die einzelnen Wählergemeinschaften dies nicht wollten.

Herr Troschke bemerkt, dass die Partei nicht identisch mit dem Landesverband sein darf, sie müsse sich insbesondere auch im Namen unterscheiden.

Gerd Peters von der Wählergemeinschaft Ennepe-Ruhr regt an, eine politische Entscheidung zu treffen. Die Landschaftsversammlung habe keinen so großen Stellenwert. Die Wählergemeinschaft Ennepe-Ruhr möchte auf gar keinen Fall Partei werden. Eine Partei würde die Grundlage der Arbeit der Freien Wähler stören, zumal die Freien Wähler nach oben hin frei bleiben möchten. Selbst in Bayern sei man bei der Landtagswahl gescheitert, dort habe man gerade einmal 4,9 % erreicht und sich dabei fast zerstritten. Wir sollten diesen Weg auf gar keinen Fall gehen.

Herr Kloß aus Kamen ist der Meinung, die Mitglieder im Landesverband sollten mehr Beiträge zahlen. Man sollte in Ruhe überlegen was sinnvoll sei und eine ehrliche Bestandsaufnahme machen. 20 Jahre war der

Landesverband so in Ordnung – jetzt jedoch sollte etwas neues gemacht werden. Die Argumente dafür und dagegen sollten gesammelt werden.

Herr Rehse findet eine sachliche Diskussion auch in Ordnung. Beide Argumente haben etwas für sich. Grundsätzliche Ziele müssen formuliert werden, wo der Landesverband steht. Sind der Erfahrungsaustausch und das Bildungswerk genug? Wie gehen wir mit den Personen um, die mehr wollen? Es muss unterschieden werden zwischen Landschaftsverbände, Regionalverbände und Landtagswahl. Er habe gehört, dass das Landeswahlgesetz geändert worden sei, so dass nun auch Wählergemeinschaften an der Landtagswahl teilnehmen könnten, ohne Partei zu sein.

Herr Troschke hat von einer Änderung des Wahlgesetzes bisher noch nichts gehört. Er fasst nochmals zusammen

1. Wollen wir an der Wahl der Landschaftsversammlungen und Regionalräte teilnehmen?
2. Wollen wir an Landtagswahlen teilnehmen?

Herr Simon aus Mechernich stellt fest, dass wir vor 10 Jahren vor der gleichen Frage standen. Die Satzung der meisten Wählergemeinschaften sagt aus „Mitglied in einer Wählergemeinschaft darf kein Mitglied in einer Partei sein“ In Bayern haben die Wählergemeinschaften auf kommunaler Ebene über 40 % Stimmenanteil auf Landesebene nur 4,9 %. Bei der nächsten Wahl würden auch die Linken antreten – daher sollten sich die Freien Wähler auf die Bürger in ihrer Kommune beschränken und nicht darüber hinaus.

Herr Gläser aus dem Kreis Herford führt aus, dass das Selbstverständnis der Freien Wähler ist, eben keine Partei zu sei. Die Werbung der Wählergemeinschaften unterstreicht dies immer wieder. Sobald wir Partei werden, geben wir unsere Identität auf. Die Probleme sind eigentlich erst dadurch entstanden, dass sich die Partei „Freie Wähler“ gegründet hat. Für den Bürger ist dies eine nicht erkennbare Vermischung von Wählergemeinschaften und Partei.

Herr Troschke stellt die Frage, ob es uns Recht sei, wenn Kandidaten der Wählergemeinschaften als Kandidaten einer Partei zur Landtagswahl antreten.

Herr Kaminski führte an, dass das Wahlrecht in Bayern anders sei als in NRW. Das Wahlrecht sollte geändert werden. In Unna sei es egal ob man Partei sei oder nicht. Die Anwesenden sollten die Parteien nicht verteufeln. Der Bürger sollte an die Wahlurne geführt werden. Jeder Kandidat vor Ort sollte auch bereit sein für den Landtag zu kandidieren.

Walter Prott aus Kamp Lintfort weist auf die Schwierigkeiten hin, die es bereits bei Kreiszusammenschlüssen gibt. Dort wird es bereits problematisch einen einheitlichen Namen zu finden, bzw. einheitlich zur Wahl anzutreten. Wie viele Kreise sind bisher von den Freien Wählern besetzt? Diese Frage ist wichtig, denn nur diese Stimmen werden für die Besetzung der Landschaftsversammlung herangezogen.

Detlef Wolff aus Münster verweist nochmals auf die Ausführungen von Gerd Peters und möchte auf keinen Fall weiter über die Teilnahme an einer Landtagswahl diskutieren.

Herr Troschke gibt zu bedenken, dass durch die Partei „Freie Wähler“ diese Themen miteinander verzahnt sind. Die Frage ist immer noch: Was wollen wir Landtagswahl / Landschaftsversammlung?

Herr Vach aus dem Oberbergischen Kreis findet die Auseinandersetzung des Landesverbandes mit der Partei in der Öffentlichkeit nicht richtig. Die übrigen Parteien haben inzwischen den gesamten Schriftverkehr, durch die Mailaktion von Herrn Rehse, vorliegen. In Brühl sei von Herrn Rehse gesagt worden er wolle den Vorstand des Landesverbandes kontrollieren. Die Hauptaufgabe des Landesverbandes sollte sein, die übrigen Wählergemeinschaften als Mitglied im Landesverband zu gewinnen. Der Oberbergische Kreis würde aus dem Landesverband austreten, wenn eine Kandidatur zu den Landtagswahlen ansteht.

Herr Malovic hat in Haan die Bürger befragt, diese wollten dass die Wählergemeinschaft zur Landtagswahl kandidieren.

Herr Simon teilt mit, dass Mechernich nicht an Landtagswahlen teilnehmen würde.

Herr Troschke möchte über folgende Punkte abstimmen lassen:

1. Wollen wir als Landesverband in der Folgezeit an Landtagswahlen teilnehmen, somit Partei werden?
2. Soll es den örtlichen Wählergemeinschaften freigestellt sein, für eine Namensgleiche Partei zu kandidieren?
3. Soll der Landesverband darauf hinwirken, dass wir künftig die Möglichkeiten haben, in die Landschaftsversammlung und Regionalräte zu kommen.

Dem Vorstand wurde aufgegeben, die Namensgleichheit mit der Partei zu beseitigen, indem diese zur Unterlassung aufgefordert wird.

Herr Brützel aus Remscheid meinte, wir sollten entscheiden, ob wir dem OVG folgen wollen. Es müsse jedoch gewahrt bleiben, dass es weiterhin von unten nach oben geht und nicht umgekehrt.

Herr Spies aus Eschweiler ist der Meinung, dass wir diese Themen nicht weiter vor uns herschieben sollten, daher sollten wir die Punkte des OVG umsetzen und versuchen in die Landschaftsversammlungen zu kommen. Die Identität der Wählergemeinschaften ginge bei einer Partei verloren.

Gerd Peters möchte die Namensgleichheit der Partei geklärt haben. Es müsste auch einen Ausschluss für die Wählergemeinschaften geben, deren Satzung frei ist für Mitglieder einer Partei.

Detlef Wolff stellt den Antrag zur Geschäftsordnung und Ende der Rednerliste

Die bis zu diesem Zeitpunkt notierten Redner werden noch gehört.

Herr Kloiß möchte eine Garantie haben, dass mit Abstimmung über die genannten Punkte keine weiteren Prozesse mehr anstehen. Seit 6 Jahren beschäftigen wir uns miteinander.

Herr Gläsker ist der Meinung, dass wir uns zerfleischen, wenn wir mit einer Partei sympartisieren. Keine Partei hat in ihrer Satzung, dass ein Mitglied einer Partei auch Mitglied in einer Wählergemeinschaft sein darf.

Herr Kanschäus aus Velbert gibt zu Bedenken, dass wir uns im Kreis bewegen und nun zur Abstimmung kommen sollten.

Herr Dietze aus Bad Berleburg erklärt nochmals, dass die Wählergemeinschaften die Bürgernähe eint, keine Partei sollte umworben werden, eine Kandidatur zur Landtagswahl lehnt er ab. Auch ist er nicht dafür, dass Mitglieder eine Partei im Vorstand des Landesverbandes sein sollten.

Herr Stinner aus Wiehl erhält als Gast das Wort. Vor der letzten Landtagswahl habe man von 3 – 4 Gruppierungen Mails erhalten, in Leverkusen gäbe es 3 Wählergemeinschaften – wie sollte man dies in einer Gemeinschaft zusammen fassen. Er ist der Meinung das OVG-Urteil gehe zu weit, damit würde die Identität auf Orts-Ebene aufgegeben.

Herr Stohscheins aus Hagen meint wir hätten bereits genug Parteivertreter um uns, wir brauchten eine Gemeinsamkeit, damit der Bürger stärker an uns gebunden würde. Man sollte sich auf die Landschaftsversammlung und die Regionalräte konzentrieren.

Herr Waltermann aus Eschweiler gibt zu bedenken, dass wir alle in unabhängigen Wählergemeinschaften vor Ort angetreten sind, die Mitgliedschaft der Wählergemeinschaften im Landesverband sehr schwach sei und wir unser Augenmerk lieber in diese Richtung lenken sollten. Weiterhin sollten auf Kreisebene Vertreter

gefunden werden die die Wählergemeinschaften zusammen führen. Der Landesverband sollte dann Sprecher der Wählergemeinschaften sein, dafür müsse der Landesverband gestärkt werden.

Ulrich Hohn aus Solingen meint es sollte versucht werden, mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner in die Landschaftsversammlung und Regionalräte zu kommen.

Herr Büllens aus dem Kreis Aachen ist der Meinung, vordringlich sei die Kommunalpolitik bis hin zur den Landschaftsversammlungen und Regionalräten.

Herrn Vach ist die Klarheit wichtig, daher hat er in Brühl den Antrag gestellt. Er möchte außerdem wissen „Was soll der Vorstand des Landesverbandes leisten?“

Es folgt eine Abstimmung auf Beendigung der Rednerliste – bei 2 Enthaltungen – mehrheitliche Zustimmung

Abstimmung:

Wollen wir als Landesverband an Landtagswahlen teilnehmen? Dies setzt voraus, das wir Partei werden

Ergebnis:

Ja	3 Stimmen
Nein	60 Stimmen
Enthaltung	1 Stimme

Mehrheitlich abgelehnt

Sind wir damit einverstanden, dass Mitglieder der örtlichen Wählergemeinschaften für eine Partei kandidieren?

Ergebnis:

Ja	16 Stimmen
Nein	46 Stimmen
Enthaltung	2 Stimme

Mehrheitlich abgelehnt

Der Vorstand wird beauftragt darauf hin zu wirken, dass wir künftig die Möglichkeit haben in die Landschaftsversammlung und Regionalräte zu kommen

Ergebnis:

Ja	62 Stimmen
Nein	2 Stimmen
Enthaltung	0 Stimme

Mehrheitlich angenommen

Aus Remscheid kommt nun die Frage auf, ob alle die Wählergemeinschaften die den Punkt 2 befürworten nun ausgeschlossen würden.

Herr Troschke stellt nochmals klar, dass sich hierbei um eine Empfehlung an die Wählergemeinschaften handelt und es sei keine Vorschrift.

Herr Rehse fragt den Vorstand ob es inzwischen zu einer Einigung bzgl. der Namensfrage Freie Wähler zwischen der Partei und dem Landesverband gekommen sei.

Herr Heck teilt mit, dass auf schriftliche Einladung zum 03.11.2007, Herr Plantenberg nicht erschienen sei.

Mittagspause

Arbeitstagung

Zu Beginn der Arbeitstagung wird von Herrn Troschke die Grundsatzerklärung – siehe Anlage – verlesen.

Zur Abstimmung kommt:

Diese Grundsatzerklärung soll von allen Vorstandsmitgliedern unterzeichnet werden

Bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen

Der Vorsitzende Herr Heck wird als Wahlleiter bestimmt

Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden

- A. Henning Rehse
- B. Eckhard Gläsker
- C. Herr Busbach

Es folgt eine Vorstellung der Kandidaten sowie der Antrag auf geheime Wahl

Als Stimmenauszähler werden:

Frau Bernhard, Herr Scharfenberger, Herr Müller Späth und Herr Schäpsmeier bestimmt

Ergebnis der Wahl:

- | | |
|--------------------|------------|
| A. Henning Rehse | 15 Stimmen |
| B. Eckhard Gläsker | 37 Stimmen |
| C. Herr Busbach | 7 Stimmen |

Somit wurde Herr Gläsker als 1. stellvertretender Vorsitzender gewählt. Herr Gläsker nimmt die Wahl an

Wahl des Geschäftsführers

Martina Dietz wird einstimmig bei 3 Enthaltungen in offener Wahl wieder gewählt. Frau Dietz nimmt die Wahl an.

Wahl des Schatzmeisters

Eckhard Dippel wird einstimmig bei 1 Enthaltung in offener Wahl gewählt. Herr Dippel nimmt die Wahl an.

Wahl von 2 Beisitzern für den Regierungsbezirk Arnsberg

Vorschläge:

Herr Busbach aus Hamm
Herr Pohlschröder aus Dortmund
Herr Brohl aus Hamm
Dr. Reinbold aus Dortmund

Es folgt eine geheime Wahl:

Ergebnis:

- | | |
|-----------------|------------|
| A. Herr Busbach | 26 Stimmen |
|-----------------|------------|

B. Herr Pohlschröder	45 Stimmen
C. Herr Brohl	11 Stimmen
D. Dr. Reinbold	27 Stimmen

Somit wurden Herr Pohlschröder und Herr Dr. Reinbold als Beisitzer für den Regierungsbezirk Arnberg gewählt. Herr Pohlschröder nimmt die Wahl an. Von Herrn Dr. Reinbold liegt die schriftliche Einverständniserklärung vor.

Wahl von 2 Beisitzern für den Regierungsbezirk Detmold

Vorschläge:

Michael Schmale aus Kirchlengern
Fr. Huth aus Preußisch Oldendorf

In offener Abstimmung wurden beide einstimmig als Beisitzer für den Regierungsbezirk Detmold gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

Wahl von 2 Beisitzern für den Regierungsbezirk Düsseldorf

Vorschläge:

Ulrich Hohn aus Solingen

In offener Abstimmung wird Herr Hohn bei einer Stimme Enthaltung einstimmig als Beisitzer für den Regierungsbezirk Düsseldorf gewählt. Herr Hohn nimmt die Wahl an.

Wahl von 2 Beisitzern für den Regierungsbezirk Köln

Vorschläge:

Franz Troschke
Herr Waltermann
Herr Vach
Frau Bernhard

Es folgt eine geheime Wahl:

Ergebnis:

A. Franz Troschke	41 Stimmen
B. Herr Waltermann	30 Stimmen
C. Herr Vach	11 Stimmen
D. Frau Bernhard	21 Stimmen

Somit wurden Herr Troschke und Waltermann als Beisitzer für den Regierungsbezirk Köln gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

Wahl von 2 Beisitzern für den Regierungsbezirk Münster

Vorschläge:

Detlef Wolf aus Münster
Klaus Köster aus Münster

In offener Abstimmung wurden beide einstimmig als Beisitzer für den Regierungsbezirk Münster gewählt. Herr Wolf nimmt die Wahl an. Von Herrn Köster liegt die schriftliche Einverständniserklärung vor.

Die Wahl von Rechnungsprüfern entfällt, da diese bereits in Brühl gewählt worden sind.

Bestimmung von Ort und Zeit der nächsten Delegiertenversammlung

Es liegen zwei Bewerbungen vor

2008 Herford und 2009 Mechernich (Mechernich besteht dann 60 Jahre)

Herr Stratmann möchte zunächst nur für 2008 beschließen. Herr Troschke zieht seine Bewerbung für Mechernich zurück.

Beschluss: Bei 3 Enthaltungen wird der nächsten Landesverbandstag in Herford stattfinden.

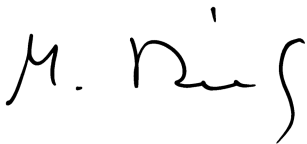
Herr Heck begrüßt im Namen der Anwesenden den erkrankten Winfried Simons.

Herr Hartmann bittet darum, den Hinweis auf persönliche Mitgliedschaft in den Kreiswählergemeinschaften, nochmals an alle Wählergemeinschaften zu schicken.

Herr Solbach hat inzwischen mit Herr Plantenberg gesprochen, dieser bittet Herrn Heck ihn am Montag zwischen 10.00 und 12.00 Uhr anzurufen.

Herr Heck schließt die Sitzung um 14.40 Uhr und wünscht allen einen guten Heimweg.

Gevensberg, den 11.11.2007



Martina Dietz
(Geschäftsführerin)



Harald Heck
(Vorsitzender)